

Richard Schröder

„Deutschlands Geschichte
muss uns nicht um den Schlaf
bringen.“

Plädoyer für eine demokratische deutsche
Erinnerungskultur

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

Richard Schröder

„Deutschlands Geschichte
muss uns nicht um den Schlaf
bringen.“

Plädoyer für eine demokratische deutsche
Erinnerungskultur

THEODOR-HEUSS-GEDÄCHTNIS-VORLESUNG

Aus Anlaß des Todestages von Theodor Heuss, der am 12. Dezember 1963 verstorben ist, veranstalten die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und die Universität Stuttgart alljährlich eine Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung. Zum Andenken an den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland referiert eine herausragende Persönlichkeit der Wissenschaft oder des öffentlichen Lebens über ein Thema der Zeitgeschichte. Die Vorlesung steht in der Tradition der öffentlichkeitswirksamen Rede, mit der Theodor Heuss ein spezifisches und für die Nachfolger in seinem Amt verpflichtendes Zeichen setzte. Sie ehrt zugleich den Hochschuldozenten Heuss, der von 1920-1933 als Dozent an der „Deutschen Hochschule für Politik“ und 1948 als Honorarprofessor für politische Wissenschaften und Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart lehrte.

Richard Schröder

Prof. Dr. Richard Schröder, 1943 in Frohburg/Sachsen, geboren, arbeitete nach seinem Studium der Theologie und Philosophie von 1973 bis 1977 als Pfarrer in Wiederstedt (Harz). Er promovierte 1977 mit einer Arbeit über den lutherischen Theologen Johann Gerhard und lehrte anschließend als Dozent für Philosophie an den kirchlichen Hochschulen in Naumburg und Berlin. 1990 wurde er Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, wo er zunächst den Vorsitz der SPD-Fraktion übernahm. Seit 1993 ist Richard Schröder Verfassungsrichter im Land Brandenburg und ordentlicher Professor für Philosophie in Verbindung mit Systematischer Theologie an der Humboldt-Universität Berlin. Er ist Gründungsmitglied des nationalen Ethikrates und wurde u.a. mit dem Ludwig-Börne-Preis und dem Heinz-Herbert-Karry-Preis ausgezeichnet.

Veröffentlichungen u.a.: *Denken im Zwielicht* (1990); *Deutschland schwierig Vaterland* (1993); *Vom Gebrauch der Freiheit* (1996); *Einsprüche und Zusprüche. Kommentare zum Zeitgeschehen* (2001).

Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 ist der Zustand der deutschen Einheit Gegenstand öffentlicher Kontroversen, in denen die unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Deutschen in Ost und West unübersehbar hervortreten: Während es im Westen offenbar schwerfällt, das Ausmaß an Veränderung zu begreifen, das die Bürger der neuen Bundesländer seit 1990 zu verarbeiten haben, gedeihen im Osten Geschichtslegenden über die DDR und den Prozeß der Vereinigung. Dem gegenüber fragt Richard Schröder in der Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002 nach den Voraussetzungen und Elementen einer gemeinsam erzählbaren Geschichte der Deutschen. Ausgehend von einer Kritik an einer ausschließlich negativen, an den Verbrechen des „Dritten Reichs“ orientierten nationalen Selbstdefinition analysiert er die vier wirksamsten Legenden über die DDR und die deutsche Vereinigung, die einer Selbstverständigung über die gemeinsame Geschichte im Wege stehen. Abschließend zeigt Richard Schröder an Beispielen aus der deutschen Geschichte vor 1871 Perspektiven auf, an denen ein aufgeklärtes nationales Selbstverständnis der Deutschen in Ost und West anknüpfen kann.

„Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.“

Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur

Es steht mit der deutschen Einheit gut. Ein Italiener hat bemerkt, die deutsche Einheit sei weiter vorangeschritten als die italienische. Auch die Belgier übrigens haben noch einiges vor sich, um den Stand der deutschen Einheit zu erreichen. Separatistische Tendenzen gibt es hier und da in Europa, bloß nicht in Deutschland. Man ist verschnupft, man streitet sich (mäßig), aber keiner will ausziehen. Nicht einmal die PDS fordert die Wiederherstellung der Zwei-staatlichkeit. Sie weiß, warum sie darauf verzichtet, und das macht ihre DDR-Verklärungen zweifelhaft.

Es steht mit der deutschen Einheit gut, aber wir haben erstens offenbar Schwierigkeiten, sie zu feiern. Das belegen die regelmäßigen Dispute, ob der 3. Oktober der richtige Nationalfeiertag sei. Der 9. November, Tag der Maueröffnung, sei geeigneter, und zwar nicht obwohl, sondern weil das auch das Datum der Pogromnacht sei. Wie man das feiern kann, ist mir schleierhaft. Vormittags traurig in schwarz und nachmittags lustig in bunt? Manche Westler möchten zum 17. Juni zurückkehren, an dem sie bis 1989 bei Schönwettergarantie der getrennten Brüder und Schwestern gedachten. Ich weiß nicht, warum sie lieber der 1953 von sowjetischen Panzern niedergewalzten Streikbewegung gedenken wollen als einer gelungenen Revolution, die den Weg zur deutschen Einheit eröffnet hat. Und deshalb, sagen die Leipziger, sollte der 9. Oktober Nationalfeiertag werden, der Tag der Montagsdemonstration, bei der die Staatsgewalt vor Kerzen kapitulierte. Bloß: da waren doch wir Ostdeutschen noch unter uns. Kurz: alles scheint sich besser zum Nationalfeiertag zu eignen als der Tag, an dem wir uns tatsächlich vereinigt haben, der Tag, an dem Deutschland wieder gleichberechtigt in die Staatenwelt aufgenommen wurde, und zwar erstmals in seiner Geschichte in allseits anerkannten Grenzen. Der 3. Oktober hat doch nicht nur die deutsche Teilung, sondern auch den Zweiten Weltkrieg beendet. 400.000 sowjetische Soldaten haben Deutschland verlassen – in Freundschaft. Wenn ich für all dies in der deut-

schen Geschichte ein vergleichbares Datum suche, fällt mir nur der Westfälische Friede ein. Und an diesem Tag haben sich zum ersten Mal in der deutschen Geschichte Freiheit und Einheit gereimt. „Einigkeit und Recht und Freiheit“ – als Hoffmann von Fallersleben das im helgoländischen Exil niederschrieb, war das bloß ein Wunsch „für das deutsche Vaterland“. Erst 1990 hat sich dieser Wunsch uneingeschränkt erfüllt.

Aber der 3. Oktober, heißt es, das ist doch ein Datum ganz ohne Emotionen, er steht doch bloß für den formalen Akt des Beitritts der DDR zum Geltungsbe-
reich des Grundgesetzes. Bitte, so gesehen steht die Eheschließung auch
bloß für einen formalen Akt und man fragt sich, wie es möglich ist, sie trotz-
dem groß zu feiern. Das erste Rendezvous war sicher aufregender. Trotzdem
wird die Eheschließung gefeiert, weil nun die Zweisamkeit öffentlich und
rechtlich verbindlich wird. Genauso gut können wir den 3. Oktober feiern,
weil, was im Herbst 89 begann, nun mit Brief und Siegel und Einverständnis
der bisherigen Vormünder in Kraft trat: die deutsche Vereinigung.

Es steht mit der deutschen Einigung gut, aber wir haben zweitens Schwierig-
keiten, uns unsere gemeinsame Geschichte zu erzählen. Nach Ernest Renan
ist eine Nation durch zweierlei charakterisiert:

- durch gemeinsame Erinnerung und
- durch den Willen zu einer gemeinsamen Zukunft.

Das Gute an dieser Beschreibung: Sie ist nicht substantialistisch, sie steht
nicht in der Herderschen Tradition der Volksgeister und setzt nicht so etwas
wie ein deutsches oder französisches „Wesen“ voraus. Sie ist in ihrem volun-
taristischen Ansatz sehr realistisch. Und in der Tat: Tschechen und Slowaken
wollten keine gemeinsame Nation sein, also haben sie sich getrennt. Die
Schweiz ist viersprachig, aber das ist für die Schweizer kein Grund zur Tren-
nung, sie wollen eine Nation sein. Österreich wiederum versteht sich nicht als
Teil der deutschen Nation, obwohl es Jahrhunderte lang den deutschen Kaiser
gestellt hat.

Der Wille zum gemeinsamen Leben ist in Deutschland stark, sehr stark und
die Elbeflut vom Sommer 2002 hat es Zweiflern noch einmal bewiesen. Der
Wille zur Gestaltung der gemeinsamen Zukunft ist allerdings nicht ebenso
stark. Da fehlt der Wille, die anstehenden Probleme zu lösen. Denn niemand
will etwas aufgeben. Diesem ungeheuren Beharrungswillen entsprach die

Absicht der Regierung, die größte Zäsur der deutschen Geschichte mindestens seit 1945 so zu gestalten, dass möglichst niemand etwas davon merkt, obwohl eine große kollektive Anstrengung zur Gestaltung der deutschen Einheit am Ende vielen sogar willkommen gewesen wäre. Deshalb wird auch im Westen kaum realisiert, welches Ausmaß von Umstellungen die Ostdeutschen in den Einigungsjahren zu leisten hatten. Die oft beklagte Politikverdrossenheit ist wohl besser Zukunftsverdrossenheit zu nennen. Aber das ist ein eigenes Thema.

Noch stärker als die Zukunftsverdrossenheit ist aber, finde ich, die Vergangenheitsverdrossenheit. Namentlich im Westen ist die Meinung weit verbreitet, in der deutschen Geschichte ließe sich nichts Erfreuliches finden. Erfreulicherweise kann man feststellen, dass diese Haltung unter unseren Studenten nicht mehr dominiert. Verglichen mit 1990 hat sie an Boden verloren. Unser Verhältnis zur deutschen Geschichte sieht so aus:

1. Die zwölf Jahre deutscher Einheit, die wir nun gemeinsam gelebt haben, sind von Einigungslegenden verzerrt, die die Begeisterung des Herbstes 89 und des Jahres 1990 geradezu verschüttet haben.
2. Die vierzig Jahre, die wir getrennt erlebt haben, werden auch nach wie vor getrennt erinnert. Viele im Westen können sich die Lebensbedingungen unter einer Diktatur nicht vorstellen. „Gab es bei Ihnen auch Schüleraustausch mit dem Ausland?“ „Sie hatten in der DDR kein Telefon? Wieso denn das?“ Kurz: man stellt sich die DDR vor wie eine kleine Bundesrepublik mit Ostgeld.
3. Die zwölf Jahre der Nazizeit beschäftigen das Publikum nach wie vor auf das intensivste, und das ist ja auch berechtigt. Es ist zudem notwendig, dass das sehr einseitige Geschichtsbild, das in der DDR aus „antifaschistischer“ Sicht verbreitet wurde, korrigiert wird. Es ist aber nicht in Ordnung, dass für viele diese Katastrophe der deutschen Geschichte für die deutsche Geschichte insgesamt steht und der typisch deutsche Tiefsinn hier ein mysterium Germaniae ausmacht, das uns als Deutsche definiert – ein untauglicher, sogar gefährlicher Versuch der Selbstdefinition.
4. Was vorher war, tausend Jahre deutsche Geschichte, ist durch die Sichtblende, die die Nazizeit geworden ist, vielen verstellt und weithin unbekannt. Immerhin ist hier das Erfreuliche zu berichten, dass in den östlichen Bundesländern die zuvor grau in grau gemalte Geschichte der „Klassengesellschaft“ wieder erinnert wird, indem die lokale und regio-

nale Geschichte, wie sie an historischen Bauwerken hängt, wieder zum Vorschein kommt, mitsamt den vielen erzählbaren Geschichten.

Ich werde zuerst über die Ideologie des mysterium Germaniae handeln, dann über Einigungslegenden und schließlich einen zaghaften Blick hinter die Barriere von 1933 werfen.

In den 60er Jahren bin ich öfters zu westlichen Veranstaltungen geladen worden unter dem Titel „denk ich an Deutschland in der Nacht...“ Noch öfter habe ich Veranstaltungen unter diesem Namen angezeigt gesehen. Jeder kennt die Fortsetzung des Zitats. Es soll offenbar beweisen, dass Heinrich Heine schon wusste: auf Deutschland lastet ein Fluch. Sieht man aber bei Heine nach, so liest man zum Erstaunen: „Nach Deutschland lechzt' ich nicht so sehr, wenn nicht die Mutter dorten wär. Das Vaterland wird nie verderben, jedoch die alte Frau könnt' sterben.“ Kein metaphysisches mysterium Germaniae, sondern die Liebe zur Mutter brachte Heine um den Schlaf. Und die da Heine mit besorgter Miene zitieren, haben sicherlich keine Schlafstörungen Deutschlands wegen. Sie behaupten bloß, daß man sie haben müsste. Sie leben nicht schlecht und essen gut, aber zwischendurch heben sie ab und müssen böse Geister bannen. So etwas Ähnliches ist unserem Heine schon 1844 aufgefallen: „Franzosen und Russen gehört das Land, das Meer gehört den Briten, wir aber besitzen im Luftraum des Traums die Herrschaft unbestritten.“ Inzwischen haben wir unsere Herrschaft um den Luftraum des Albtraums erweitert.

Zum Gedenktag an die Befreiung von Auschwitz fand 2001 in Berlin eine hochkarätige Demonstration statt. Motto: „Wehret den Zuständen“, denn, so erklärte eine prominente Rednerin, die Anfänge hätten wir ja bereits hinter uns, gemeint waren die Anfänge des Weges nach Auschwitz. Das ist zwar haarsträubender Unfug, hat aber den Beifall nicht geschmälert. „Wehre den Anfängen“ hatte Ovid in Sachen Flirt geraten, es könnte schneller ernst werden mit der Liebe als dir hinterher lieb ist. Unter uns ist das liebliche Zitat ein bleischwerer Klotz im Betroffenheitsritual geworden.

Der westliche Kult um das schreckliche mysterium Germaniae hat mich 1990 völlig überrascht. Das muß ich erklären. Die DDR-Verfassung von 1949 war ebenso wie die DDR-Hymne für ganz Deutschland gemacht. „Es gibt nur eine deutsche Staatsbürgerschaft“. „Glück und Frieden sei beschieden Deutsch-

land, unserm Vaterland“, reimte unser unglücklicher Kulturminister. Die ersten Jugendweihe-Teilnehmer sind noch auf den Kampf für die Einheit Deutschlands verpflichtet worden. In den siebziger Jahren aber verlor die Nationalhymne ihren Text. Nur noch Noten standen im Schulbuch. Unter Honecker wurde die Verfassung von 1968, unsere zweite, revidiert. Aus dem „sozialistischen Staat deutscher Nation“ wurde der „sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern“. Das Kennzeichen D mußte von den Autos abgeschraubt werden, da kannte unsere Polizei kein Pardon. Und die Fahne hatte noch unter Ulbricht das „Emblem“ („Blemblem“ genannt) bekommen: Hammer und Zirkel im Ährenkranz. Von polnischen, tschechoslowakischen, ungarischen Kommunisten hörten wir, sie seien erstens Polen, Tschechoslowaken, Ungarn und zweitens Kommunisten. In der DDR dagegen mußte das Wort „sozialistisch“ das Wort „deutsch“ übertönen. Honecker machte sich als sozialistischer Besserwisser bei seinen Kollegen unbeliebt. Aber der Gedanke an die deutsche Einheit, im Osten nunmehr als revanchistisch geächtet, im Westen nicht selten als reaktionär apostrophiert, entwickelte eine heimliche subversive Kraft gegen die Diktatur, nicht auf Papier, selten in Worten, aber in den Köpfen, als Fluchtgedanke: nichts wie weg hier und nach drüben! Drüben, das war weder die Schweiz noch Österreich, wo man auch ohne Fremdsprache durchkommt, sondern „der Westen“ – Deutschlands. Etwas ohne Worte durchs Tun bestätigen, zum Beispiel ein Mietverhältnis durch Mietzahlungen, das nennen die Juristen konkludentes Handeln. Auch auf westlicher Seite gab es diesen Wunsch gegen die Teilung durch konkludentes Handeln: Ost-Besuche und West-Pakete, wie wir sie nannten. Noch einmal herzlichen Dank dafür.

Dann kamen die Herbsdemonstrationen. Noch vor dem Fall der Mauer forderten Plauener Demonstranten die deutsche Einheit, aufgebracht durch die Sperrung des Grenzübergangs zur CSSR und die durchreisenden Züge mit den Prager Botschaftsflüchtlingen. Am 22. November 1989 skandierten die Leipziger Montagsdemonstranten aus der DDR-Nationalhymne „Deutschland einig Vaterland“. Das war noch schlitzohrig mit Rückversicherung: die Nationalhymne wird man doch noch zitieren dürfen. Dazu ein Meer von Fahnen, schwarz-rot-goldenen und grün-weißen sächsischen, denn auch die waren seit der Abschaffung der Länder (1952) verboten.

Ich weiß noch genau, wie westliche Kommentatoren, inzwischen reichlich in Leipzig vor Ort, indigniert waren über das Fahnenmeer. Sie sahen die republikanische Revolution „Wir sind das Volk“ umkippen in nationalistische Selbstüberhebung. Weit gefehlt. Sie haben das Loch in den Fahnen übersehen, das herausgeschnittene Emblem. Gemeint war der Widerruf der DDR. Und die war die Selbstüberhebung schlechthin: Westdeutschland um eine Menschheitsepoche voraus, Sieger der Geschichte und die wahre Demokratie. Die DDR-Bevölkerung hatte lange schon ihre Witze über das sozialistische Sendungsbewusstsein gemacht: „Der Kapitalismus steht vor dem Abgrund, wir sind einen Schritt weiter.“ Nun aber hatte sie endgültig genug davon, das eingespernte Versuchskaninchen in einem längst gescheiterten Menschheitsexperiment abzugeben, sie wollten endlich ganz normal bloß Deutsche sein. „Wir sind ein Volk“ hieß zuerst: helft uns, wir gehören doch zusammen. Dass sich mit diesem Wunsch ein Wirtschafts-Wunderglaube verband, der enttäuscht werden musste, steht auf einem anderen Blatt. Aber nationalistischer Überhebung waren diese Losungen nicht entsprungen.

Der frei gewählten Volkskammer war sehr bewusst, dass die Rückkehr zur deutschen Identität einige Klarstellungen verlangt. In ihrer zweiten, der ersten Arbeitssitzung, hat sie den eiteln Antifaschismus-Mythos der DDR widerrufen und um Entschuldigung gebeten für das, was den Juden und unseren östlichen Nachbarn von Nazideutschland angetan worden ist, sowie für die Beteiligung der DDR am Einmarsch in die CSSR und ihre feindselige Israelpolitik. Nicht wir Ostdeutschen haben uns 1990 der Selbstüberhebung schuldig gemacht, sondern diejenigen Westdeutschen, die damals nichts verstanden und den Vorwurf des D-Mark-Nationalismus erhoben haben.

Mitte der neunziger Jahre bin ich nach Washington eingeladen worden zu einer kleinen Gesprächsrunde von Deutschen mit Amerikanern, die an amerikanischen Hochschulen den Holocaust lehren. Eine von ihnen trug folgendes vor. Auch unter den amerikanischen Juden wirke sich die Säkularisation aus. Viele verstehen sich nicht mehr von Gottes Erwählung her, sondern sehen ihre Identität im Holocaust begründet: die Juden, das Volk der unsäglichen Opfer. Diese Identität sei aber, einer Waage gleich, nur stabil, wenn die Deutschen den Holocaust in ihre Identität aufnehmen und sich als das Volk der Täter verstehen. Ich habe geantwortet, das sei unmöglich. Das würde ja heißen, daß wir uns als das verworfene Volk definieren. Jedes Volk sei frei in der Definition

seiner Identität. Mit der Selbstdefinition über andere aber hätten wir Deutschen sehr schlechte Erfahrungen gemacht, wir haben uns nämlich viel zu lange über den Erbfeind Frankreich definiert. Eisiges Schweigen. Da muß ich wohl etwas Unpassendes gesagt haben. Auch etwas Verkehrtes? Nein. Wir sind aber jetzt an einem Punkt, an dem sich kleine Missverständnisse verheerend auswirken und Beifall von der falschen Seite alles ins Zwielficht rücken kann. Die Verbrechen der Nazizeit sind unaufhebbar Teil der deutschen Geschichte. Unser nationales Erbe ist mit dieser Hypothek belastet. Wer hier haftet, ist seit 1990 klarer als zuvor. Haften soll hier heißen: die Hypothek einer historischen Schuld anerkennen, sie weder leugnen noch verkleinern noch aufrechnen. Finanzielle Haftungen allerdings können hier nie adäquat, sondern nur symbolisch und müssen der Rechtssicherheit wegen begrenzt sein.

Aber der Antifaschismus-Mythos der DDR mit der Ausrede, die DDR gehöre an der Seite der Sowjetunion zu den Siegern der Geschichte, ist passee. Ebenso die Vertröstung auf einen zukünftigen Friedensvertrag. Denn wir haben inzwischen den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (zwei plus vier) vom 12. September 1990. Wer haftet, ist also endgültig klar: wir, Deutschland. Deshalb muss auch klar sein, wofür wir haften. Was damals geschehen ist und warum, muss uns bewusst bleiben. Es ist deshalb auch ganz in Ordnung, dass das Interesse an der Nazizeit seit 1990 eher stärker als schwächer geworden ist. In Ostdeutschland muss das Zerrbild des Antifaschismus-Mythos korrigiert werden. Denn der definierte den „Faschismus“ (vom „Nationalsozialismus“ sprach man aus naheliegenden Gründen lieber nicht) als die Ideologie der aggressivsten Kreise des Monopolkapitals und sah dessen Hauptverbrechen in der Verfolgung der Kommunisten und dem Krieg gegen die Sowjetunion. Die Faschisten, das waren immer die anderen. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ (Brecht), drüben nämlich in der kapitalistischen Bundesrepublik. Diese Klassenkampfperspektive war eine salvierende Verharmlosung. Dagegen hat sich die westdeutsche Öffentlichkeit schonungslos dem Hauptverbrechen gestellt, der Massenvernichtung vor allem der Juden aus Rassenwahn und seiner Ermöglichung durch massenhaft bejahte, mindestens aber tolerierte Entrechtung von Mitbürgern. Der Schoß, aus dem das kroch, war nicht eine Klasse, sondern Blindheit, Verführbarkeit und falsche Begeisterung der Mehrheit unserer Eltern und Großeltern. So etwas sich einzugestehen fällt immer schwer und ist nicht gerade international üblich.

Wenn du das alles aner kennst, warum widersprichst du dann der Forderung, diese Verbrechen in unsere nationale Identität aufzunehmen? Weil wir auch von einem Mörder, der seine Tat gestanden hat, nicht erwarten dürfen, dass er in Zukunft auf die Frage: wer bin ich? nur dies eine zu sagen weiss: ein Mörder. Nein, werden wir entgegnen: du warst nie nur ein Mörder und du hast auch eine andere Zukunft als nur dieses Stück deiner Vergangenheit. Wenn aber so jemand anfin ge, damit zu kokettieren, dass er ein Mörder ist, sich also mit seiner Verworfenheit interessant machte, wäre das unerträglich. So etwas gibt es auch unter uns, den Nationalismus mit negativem Vorzeichen. 1990 wurde in Berlin und Frankfurt am Main demonstriert unter den Losungen „Deutschland muss sterben, damit wir leben können“ und „Nie wieder Deutschland“. An Berliner Hauswänden habe ich gelesen: „Deutschland, halt’s Maul.“ Jeder demonstriert, wie er will. Aber er blamiert sich auf eigene Rechnung. Und das muss man ihm nicht verheimlichen.

Die alten Griechen haben sich den Mythos von den Gorgonen erzählt. Das sind die Göttinnen des Schreckens. Wer die Gorgonen, das Schreckliche also, anblickt, versteinert. Perseus besiegt die Schreckensgöttin Medusa, indem er sie durch den Spiegel seines Schildes, indirekt also, betrachtet. In diesem Mythos steckt Weisheit. Der unmittelbare Anblick des Schrecklichen versteinert. Das gilt auch von den Bildern der Leichenberge. Sie sind zur täglichen Betrachtung schlechterdings ungeeignet. Auch beim Schrecklichen gibt es, wie beim Intimen, das schamlose Begaffen. Wer hier den Blick abwendet, beweist nicht unbedingt Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern, viel eher ein Wissen von der lähmenden, versteinern den, traumatisierenden Macht des Schrecklichen. Vor dem KZ Stutthof in Polen steht ein Schild, das Kindern unter vierzehn Jahren den Zutritt verwehrt. Wer also behauptet, jedermann könne diese Bilder des Schreckens nicht oft genug zeigen und sehen, irrt. Wir können das Schreckliche nur gespiegelt verkraften. Solche Spiegel, durch die wir uns die Schrecken der Nazizeit vergegenwärtigen können ohne zu versteinern, sind Geschichten, Biographien, wie das Tagebuch der Anne Frank oder das von Viktor Klemperer. Sich mit solchen Schicksalen zu identifizieren, ja, aber das ist etwas anderes als sich mit den Verbrechen der Nazizeit zu identifizieren oder eben: sie in unsere nationale Identität aufzunehmen.

Nachvollziehbar ist, dass jemand, den der Anblick des Schrecklichen gelähmt hat, sagt: Ich kann nicht mehr darüber froh werden ein Deutscher zu sein. Das

sollten wir respektieren. Manchmal hören wir aber ganz andere Töne, kein Leiden an der deutschen Geschichte, sondern einen neuen Stolz: Über so etwas Beschränktes wie die nationale Identität sind wir erhaben, wir sind Europäer, wir sind postnational. Das ist bloß ein Trick, wieder ganz was Besonderes zu sein und auf die Beschränktheit der anderen, die gern oder auch stolz Franzosen, Polen, Dänen sind, hinabzuschauen. Europa ist keine Nation, sondern der Kontinent der Nationen, die zum Staatenbund zusammenrücken. Zur Ersatznation taugt es nicht. Für eine Nation „Europa“ ist in Europa derzeit nur noch auf dem Wasser Platz, das Land ist bereits vergeben – oder eben „im Luftraum des Traums“. Dort schweben diejenigen, die bloß Europäer sein wollen. Die ordinäre Zugehörigkeit zu einer der europäischen Nationen ist ihnen „ein Erdenrest, zu tragen peinlich“ (Goethe).

Wenn jemand hinkt, werden wir ihn deswegen nicht bloßstellen. Wer aber behauptet, Hinken sei die einzig moderne Fortbewegungsart und wer das nicht begreife, der sei zurückgeblieben, macht sich lächerlich. Bei Jugendtreffen der Ostsee-Anliegerstaaten stellt jede Delegation ihre Landesfahne vor sich auf den Tisch, nur die deutsche nicht. Sie hält das für Nationalismus. Die anderen halten das nach anfänglicher Verwunderung nunmehr für eine deutsche Macke.

In den skandinavischen Ländern sieht man reichlich vor Wochenendhäusern die Landesfahne gehisst – unvorstellbar in Deutschland. Bitte, wir müssen das nicht nachmachen, sollten aber ganz schnell den Hochmut ablegen, wir seien deshalb den Skandinaviern eine Menschheitsepoche voraus. In Wahrheit hinken wir. Wir sind verklemt, wenn es um die deutsche Nation geht und wir sollten aus der Not keine Tugend machen. Das gilt auch noch immer für unser Verhältnis zu Juden. Von einem Journalisten habe ich gehört, der ganz zufrieden war mit der Zusammenarbeit in der Redaktion. Bis eines Tages die Sprache darauf kam, daß er jüdischer Herkunft ist. Seitdem wurde er wie ein rohes Ei behandelt. Schluß war plötzlich mit unbefangenen hilfreichen kritischen Hinweisen. Schließlich hat er gekündigt, weil er diese verklemtte Rücksicht, auch eine Sonderbehandlung, nicht mehr ertragen konnte. Oder nehmen wir die bioethische Debatte. In innereuropäischen Diskursen wird gelegentlich von deutscher Seite gesagt: wir haben da strengere Maßstäbe, unserer Geschichte wegen: Euthanasie, Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, verbrecherische Experimente an Menschen in den KZs. Wissen Sie,

was die Briten dazu sagen oder doch denken? Erst erlaubt ihr euch die schlimmsten Verbrechen und dann begründet ihr damit ein moralisches Sendungsbewusstsein. Verschont uns mit eurer Geschichte. Wir brauchen euren Nachhilfeunterricht in Sachen Ethik nicht. Wir sind selber erwachsen.

Bei einer Anhörung über den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses hat ein Westberliner einen Polen gefragt, was er als Pole empfinden würde, wenn dieses Symbol Preußens wiedererstehen würde. Der hat geantwortet: Wir haben die Marienburg wieder aufgebaut, denn die gehört auch zu unserer Geschichte. Sie war der Sitz des Deutschen Ritterordens und der war wahrhaftig nicht immer nett zu den Polen. Das Stadtschloß und viele andere historische Gebäude hatte die SED gesprengt als symbolische Hinrichtung der deutschen Geschichte. Den Polen ist solcher historischer Waschzwang fremd – beneidenswert.

Die Frage, wie Hitler an die Macht kommen konnte, verlangt eine sehr komplexe Antwort. Die Frage, die heute vor allem interessiert, wie nämlich eine Diktatur verhindert werden kann, ist dagegen einfach zu beantworten. Die Rechtsstaatlichkeit, namentlich die Unabhängigkeit der Justiz und die Pluralität der Presse, alle Institutionen der Gewaltenteilung und Machtkontrolle, wozu auch der Föderalismus gehört, die verhindern eine Diktatur, oder kurz: *die Institutionen der Freiheit*. Sind die erst einmal gestürzt, vermag auch Zivilcourage nur noch wenig, weil ohne Rechtsstaat die Risiken unkalkulierbar sind. Wer heute davon träumt, er hätte durch zivilen Ungehorsam die Nazidiktatur gestürzt, übersieht, dass dieser nur in einer pluralen Öffentlichkeit wirksam ist. Ghandi hatte Erfolg, weil die britische Öffentlichkeit auf seiner Seite stand. Dagegen konnten am 17. Juni 1953 oder 1989 auf dem Platz des Himmlichen Friedens die Panzer den zivilen Ungehorsam und die Gewaltlosigkeit einfach niederrollen. Stalin soll Churchill bei einem der Treffen der Großen während des Zweiten Weltkrieges in vorgerückter Stunde gefragt haben, warum er Ghandi nicht einfach erschießen lässt. In diesen Fragen könnte die Erinnerung an die Lebensbedingungen in der SED-Diktatur, für die genügend Zeitzeugen zur Verfügung stehen, die Lebensbedingungen unter der Nazidiktatur besser zu verstehen helfen.

Aber der deutsche Antisemitismus! Er musste keineswegs zwangsläufig zur Hitler-Diktatur führen. Es ist deshalb auch ein Irrtum, dass der Philosemitismus die Lehre aus dieser Geschichte sei, woraus viel Krampf entstehen kann,

weil dann Gefühle kommandiert und Befangenheiten produziert werden. Sondern es hätte gelten müssen: ob mir die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft sympathisch sind oder nicht, jedenfalls haben sie dieselben Rechte wie ich. Ihre Rechte muss ich wie meine eigenen verteidigen, denn wenn sie kassiert werden, werden meine auch bald kassiert. Übrigens: wohl mit keinem Volk haben sich die einheimischen Juden so stark identifiziert wie mit dem deutschen Volk. Das 19. Jahrhundert hat eine ungewöhnliche Judenemanzipation in Deutschland möglich gemacht. Es ist einfach falsch, dass es den Juden in Deutschland schon immer schlechter gegangen sei als in anderen europäischen Ländern. Umso schockierender ist der nationalsozialistische Judenmord. Er ist aber nicht das Ziel, auf das die deutsche Geschichte hinauslaufen musste.

II

Die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft bleiben das schwarze Loch in der deutschen Geschichte. Ich kann und will aber nicht akzeptieren, dass es die zwölf erfreulichen Jahre der deutschen Einheit verschlingt und als Sichtblende den Blick auf die deutsche Geschichte vor 1933 und namentlich vor 1871 versperrt. Ich wende mich nun diesen zwölf Jahren deutscher Einheit zu. Auch für diese gibt es unter uns noch keine gemeinsam erzählbare Geschichte. Statt dessen geistern unter uns Einigungslegenden, deren einige ich im folgenden behandeln werde.

1. Die Legende von der harmlosen DDR

Immer wieder gibt es Auseinandersetzungen um die Beurteilung der DDR. Die einen, meist Westdeutsche, sagen: das war eine Diktatur, ein Unrechtsstaat, vergleichbar mit der – und da ist sie wieder: mit der Nazizeit. Die anderen, meist Ostdeutsche, weisen das empört zurück und sehen sich durch solche Urteile diskriminiert. Warum eigentlich? Warum in aller Welt identifiziert ihr euch so mit der SED-Herrschaft, dass ihr solche Kritik persönlich nehmt? Manchmal allerdings ist sie wahrscheinlich auch persönlich gemeint: Ihr Ostdeutschen habt die Diktatur geduldet, wir widerstandserfahrenen Westdeutschen hätten sie selbstverständlich gestürzt. Die Ahnungslosen. Das heißt den Zufall des westlichen Wohnorts zum Verdienst erheben.

Die Nazizeit und die SED-Diktatur, das sind allerdings zwei paar Schuhe. Aber Vorsicht. Vergleichen wir einmal das Jahr 1937 mit dem Jahr 1974. Keine Arbeitslosen, ein herrliches Urlaubsprogramm für die arbeitende Bevölkerung, Kraft durch Freude dort, FDGB-Feriedienst hier genannt, die Aussicht auf ein eigenes Auto, Volkswagen dort, Trabant hier, und das Gefühl: es geht bergauf. Ja, es gab Bevölkerungsgruppen, die diskriminiert wurden, die Rassenfeinde dort, die Klassenfeinde hier, aber das war doch eine Minderheit, die Mehrzahl der Bevölkerung war doch einigermaßen zufrieden. 1937 hatte der Zweite Weltkrieg bekanntlich noch nicht begonnen. Die Olympiade hatte gerade stattgefunden. Die Vernichtungslager waren noch nicht erfunden. Aber die Weichen waren bereits gestellt. Denn die Grundrechte waren längst kassiert durch die Reichstagsbrand-Verordnung vom 28. Februar 1933, die Einparteienherrschaft war installiert, die öffentliche Meinung durch Propaganda manipuliert – wie in der DDR 1970. Die Dramatisierung der Nazizeit, die die Jahre vor 1939 auslöst, ist zugleich ihre Verharmlosung. Diktatoren unterdrücken die Freiheit und ihre politischen Gegner, aber die Masse der Bevölkerung möchten sie natürlich auf ihrer Seite haben und dafür denken sie sich mancherlei Wohltaten aus.

Nach 1945 haben viele Westdeutsche bei Umfragen erklärt, die Idee des Nationalsozialismus war gut, nur die Durchführung war schlecht. Genauso sagen bis heute nicht wenige im Osten, die Idee des Sozialismus war gut gewesen, nur die Durchführung schlecht. Das ist zweimal dieselbe Blindheit gegenüber dem Hauptübel des Diktatorischen, der Verachtung von Recht und Freiheit. Die muß nicht blutrünstig daherkommen, sie kann sich auch als wohlätig verkleiden. Wer heute sagt, es war doch nicht alles schlecht in der DDR, der hat zwar Recht, aber wenn er sich nicht dem Vorwurf der Blindheit gegenüber dem Diktatorischen aussetzen will, muss er hinzusetzen: die Verachtung von Recht und Freiheit, die war aber schlecht. Und dann könnten wir Ostdeutschen doch fortfahren: Deshalb sind wir ja 1989 auf die Straße gegangen, deshalb haben wir doch dem morschen SED-Regime den letzten Tritt versetzt und deshalb nur wurde doch die deutsche Einheit möglich. Dass das viel zu selten passiert, liegt wohl an der nächsten Legende.

2. Die Kolonialisierungslegende

Der Westen, heißt es, habe den Osten kolonialisert. Es verwundert nicht, dass diese Auffassung in der PDS verbreitet ist. Denn dort gibt es ja viele, die

das Ende der SED-Herrschaft traumatisch erlebt haben, nämlich als Verlust ihres Einflusses. Sie suchen einen Schuldigen für diese Kränkung und finden ihn in dieser Behauptung: Der Westen hat uns okkupiert, überrollt, überfremdet. Gregor Gysi hat in einem Buch breit ausgeführt, wie der Westen die ostdeutschen Eliten verdrängt habe, um westdeutschem Mittelmaß Platz zu machen. Die Stasiüberprüfungen seien eines der Instrumente für diesen Zweck gewesen. Erstaunlicherweise wird die Kolonialismuserzählung aber auch von nicht wenigen Westdeutschen akzeptiert, und zwar schuldbewusst: Wir haben denen ja unsere Ordnungen übergestülpt. Wir haben ihnen ja die Möglichkeit genommen, etwas Eigenes zu schaffen. Dieses schlechte Gewissen vieler Westdeutscher ist von Übel.

Es ist ja richtig, daß die DDR durch Beitritt zur Bundesrepublik deren Ordnungen übernommen hat, einschließlich ihrer reformbedürftigen Teile. Es ist richtig, dass diese gewaltige Umstellungsleistung von Ostdeutschen auch als Überforderung erlebt worden ist. Drittens ist es auch richtig, dass nach dem 3. Oktober 1990 sehr viele Westdeutsche leitende Aufgaben übernommen haben, in der Justiz, in der Verwaltung, in der Wirtschaft. Bloß: das alles haben die Westdeutschen den Ostdeutschen nicht aufgezwungen, das war die Konsequenz des Beitritts, und den haben wir gewollt. Es war die frei gewählte Volkskammer, die den Beitritt und den Einigungsvertrag beschlossen hat und sie hat das nicht gegen den Willen des Volkes getan. Zunehmend bekamen die Volkskammerabgeordneten jedenfalls der Koalitionsparteien zu Hause eingeheizt: nun beschließt doch endlich den Beitritt! Es war auch nicht so, dass bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag die westliche Seite verlangt hätte: Alles wird wie bei uns, und die östliche hätte vergebens dagegen gehalten. Wolfgang Schäuble wollte zum Beispiel für eine Übergangszeit möglichst große Teile der östlichen Rechtsordnung beibehalten sehen, um den Übergang zu mildern. Da haben die östlichen Fachleute eingewendet: Das Zivilgesetzbuch der DDR ist untauglich für die Marktwirtschaft, es regelt einfach zu wenig.

Und es war die Volkskammer, die die Stasiüberprüfungen gefordert und eingeführt hat. Die Bundesregierung hatte eine generelle Amnestie für die Stasimitarbeiter der Auslandsspionage (HVA) vorgeschlagen. Sie hat ihn unter westlichem und östlichem Protest zurückgezogen. Es gab einen Hungerstreik von Bürgerrechtlern im Stasi-Hauptquartier, als bekannt wurde, dass das Stasiunterlagengesetz der Volkskammer nicht in den Einigungsvertrag aufge-

nommen werden sollte. Dieses Gesetz war von der Volkskammer einstimmig bei zwei Enthaltungen, also mit den Stimmen der PDS verabschiedet worden. Am Morgen der Abstimmung über den Einigungsvertrag musste die westliche Seite schriftlich zusagen, dass die Stasiakten nicht weggeschlossen werden. Die Kolonialismusthese deutet die posttotalitäre Situation in eine kolonialistische um. In Wahrheit waren es die Betriebsbelegschaften und Lehrerkollegien, Gemeindevertretungen und Bürgerversammlungen, die im Herbst 1989 die Ablösung bisheriger Direktoren und Bürgermeister erfolgreich ins Werk gesetzt haben. Da waren noch gar keine Westdeutschen in Sicht.

Im Laufe des Jahres 1990 wurde aber auch deutlich, daß wir die Hilfe westlicher Kompetenz brauchen, wenn wir nicht in eine chaotische Übergangsphase geraten wollen, die weder Fisch noch Fleisch ist, wie das Rußland passiert ist. Und es war wiederum die Volkskammer, die eine generelle Überprüfung aller Richter und Staatsanwälte gefordert und ins Werk gesetzt hat. Ohne die enorme Amtshilfe vom Westen wäre der schnelle Aufbau einer handlungsfähigen Verwaltung und Justiz in den Neuen Bundesländern nicht möglich gewesen. Dass dabei auch ein paar Westdeutsche Karrieren im Osten gemacht haben, die sie im Westen nicht gemacht hätten, ist wohl wahr. Bei großen Umwälzungen gibt es auch immer ein paar Nutznießer, die es nicht verdient haben. Viel größer ist die Zahl derjenigen gewesen, die den Ruhestand unterbrochen und sich der Aufbauarbeit im Osten zur Verfügung gestellt haben, zum Beispiel deshalb, weil sie dort geboren und aufgewachsen waren, ehe sie nach den Westen geflohen sind und etwas für ihre Heimat tun wollten. Andere haben ihre Zelte im Westen abgebrochen und sind ganz nach dem Osten gezogen. Das hieß Abschied von Freunden und Bekannten und anfangs auch Verzicht auf einige Annehmlichkeiten. Das alles heißt doch nicht, daß die Ostdeutschen dümmer sind. Wir hatten bloß leider anderes gelernt, als wir jetzt brauchen und uns im Übrigen als Weltmeister im Umlernen erwiesen.

Die Umdeutung der posttotalitären Situation in eine kolonialistische schreibt die Geschichte des Herbstes 1989 um. Die Perspektive derer, die damals zu zigtausend auf die Straße gingen, das Ende der SED-Herrschaft und die deutsche Einheit forderten, wird verdrängt zugunsten der Perspektive derjenigen, die dem Untergang der DDR nachtrauern, weil sie ihnen einen Prestigeverlust eingebracht hat und die Last, nicht Recht gehabt zu haben.

3. Die Treuhandlegende

Sie besagt: der Westen hat unsere Wirtschaft ruiniert und das östliche Volkvermögen Westdeutschen zugespielt. Diese Legende lebt nach wie vor in Leserbriefen östlicher Zeitungen. Dass das nicht stimmt, lässt sich sehr leicht zeigen. Wo bitte ist denn der Reichtum der anderen ehemals sozialistischen Staaten geblieben? Wer soll den denn geraubt haben? In Wahrheit war es die SED, die ihre Wirtschaft durch jahrelange Misswirtschaft in den Ruin gefahren hat. Die DDR war 1990 wirtschaftlich völlig am Ende. Das wollen heute viele nicht wahrhaben. Es gibt aber dafür zwei unverdächtige Zeugen: die DDR-Witze und, seriöser, das Geheim-Gutachten, das der DDR-Planungschef Schüller und andere am 31.10.89 für Egon Krenz angefertigt haben. Dort heißt es: die DDR ist hochverschuldet. Ohne weitere westliche Milliardenkredite (sofort 4 Mrd.) müsse die DDR den Lebensstandard um 30% senken und das sei politisch nicht durchzuhalten. Damals wurde die Zahlungsunfähigkeit der DDR (in Devisen) für 1991 vorausgesagt. Als Lothar de Maiziere nach der Volkskammerwahl die Fachleute befragte, sagten sie die Zahlungsunfähigkeit noch für 1990 voraus.

Es ist schon richtig, dass bei der Privatisierung der DDR-Wirtschaft manche Versprechen von Investoren nicht eingehalten wurden. Manche westliche Unternehmer haben sich überschätzt. Schlechte Beispiele sprechen sich in Windeseile herum, gute nicht. Und noch einmal: im Vergleich mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern schneidet Ostdeutschland sehr gut ab, was das Bruttosozialprodukt betrifft, und noch besser, was die Einkommen betrifft. Dass viele im Osten den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft bis heute als unverdient betrachten, ist ja nachvollziehbar, wenn auch verkehrt. Nicht wenige Westdeutsche sagen aber auch: der ökonomische Teil der deutschen Einheit, das war doch eine Serie von Fehlentscheidungen, vom falschen Wechselkurs angefangen. Sie sagen das nicht aus Mitleid, sondern weil ein kritischer Mensch kritisieren muss, vor allem die Regierung. Es ist eine Art von habitueller Besserwisserie, die sich nicht in die Einzelheiten vertiefen muss. Wenn nun diese beiden Kritiker aufeinander treffen, der blasierte Westdeutsche und der gekränkte Ostdeutsche, sind sie keineswegs ein Herz und eine Seele. Wenn der Ostdeutsche sagt: ihr habt unsere Wirtschaft ruiniert, schaltet der Westdeutsche um. Er merkt, dass aus dem blasierten „war doch dilettantisch“ Regressansprüche folgen. Repariert mal den Schaden, den ihr angerichtet habt. Er schwenkt um auf Verteidigung. Wir sollen eure Wirtschaft ruiniert haben? Das war doch alles bloß noch ein Schrotthaufen.

Das kommt davon, dass wir uns um die Anstrengung drücken, zu einer gemeinsamen Erinnerung des Einigungsprozesses zu finden. Ein Grund dafür, den ich öfter gehört habe, lautet: das reißt nur alte Wunden auf und bringt bloß der PDS Pluspunkte. Das ist Feigheit vor dem Publikum und unterfordert die Ostdeutschen. Es muss ja gar nicht behauptet werden, dass der ökonomische Einigungsprozeß optimal gelaufen ist. Das war gar nicht zu erwarten, denn das war eine Nullserie und die westlichen Kenntnisse der östlichen Wirtschaft waren teils lückenhaft, teils geschönt. Es lässt sich aber zeigen, dass der Prozeß passabel gelaufen ist und sehr viel schlechter hätte laufen können, und dass die Härten dieses Prozesses, die in anderen ehemals sozialistischen Ländern viel schärfer durchgeschlagen sind, in unserem Falle mit erheblichem finanziellen Aufwand abgefedert worden sind.

4. Die Legende vom rechtsradikalen Osten

Die Gründe für dieses Urteil sind bekannt. Es ist die dreimal höhere jugendliche Gewalt namentlich gegen Ausländer im Osten und der dreimal höhere Zulauf, den dort gewaltbereite Skinheads finden. Und trotzdem ist das Urteil „der Osten ist rechtsradikal“ eine Legende. Was für Auswirkungen diese Legende haben kann, haben wir im Fall Sebnitz erlebt. Im Osten ist alles möglich, also glaubte die Öffentlichkeit viel zu lange die Meldung, in Sebnitz hätten Rechtsradikale im Stadtbad vor hunderten von Zeugen ein Kind ertränkt und die Zeugen hätten jahrelang geschwiegen. Rechtsextreme Parteien, also der politische Rechtsextremismus, haben im Westen weit mehr Mitglieder und weit höhere Wahlerfolge aufzuweisen als im Osten. Die jugendliche Gewalttätigkeit im Osten stammt aus der Desorientierung der posttotalitären Situation, aus dem auch unter Erwachsenen verbreiteten Gefühl, im Prozess der deutschen Einigung zu kurz gekommen und Bürger zweiter Klasse zu sein, aus Überfremdungsängsten und Sozialneid, die zu Ausländerfeindlichkeit führen, übrigens einer Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer. Und dazu der Wille zur Provokation, wozu sich Nazisymbole besonders eignen.

Das alles ist wahrhaftig nicht harmlos. Bloß: mit Rechtsradikalismus und Neonazismus hat das alles nur sekundär zu tun. Wer das behauptet, zieht sich leicht den Vorwurf der Verharmlosung zu. Aber bitte: Neben der Pest gibt es auch noch die Cholera, und wenn die verwechselt werden, müssen alle Therapieversuche scheitern.

Wir müssen unterscheiden:

a) Gewalttätige Skinheads und verrohte Jugendliche, die deren gewaltverherrlichende CDs genießen und nicht selten unter Alkohol Ausländer, Behinderte, Obdachlose verfolgen oder gar zu Tode prügeln. Davon gibt es, auf die Bevölkerungszahl bezogen, dreimal mehr im Osten als im Westen. Sie sind gefährlich für die Opfer, aber nicht für den Staat.

b) Diejenigen, die mit Nazisymbolen und „Sieg Heil“ provozieren wollen. Sie suchen die Öffentlichkeit und erreichen ihren Zweck, wenn jeder dieser Vorfälle zum Medienereignis wird. Wir haben uns angewöhnt, die unter a) und b) beschriebenen Gruppen rechtsradikal zu nennen. Das Berechtigte daran ist ihre Illiberalität und ihre Ausländerfeindlichkeit. Aber dagegen spricht, dass sie gar keine politischen Intentionen verfolgen, kaum organisiert sind und kein Interesse an „Ideologie“ zeigen. Ganz anders die dritte Gruppe,

c) der politische Rechtsextremismus, also die Parteien NPD, DVU, Republikaner. Die weit überwiegende Zahl ihrer Mitglieder sind – Westdeutsche, nämlich zwischen 80 und 95 %. Sie sind aber gerade nicht gewalttätig. Sie sind auch keine Jugendgruppen, sondern von allen Altersgruppen getragen. Die NPD versucht, namentlich in Sachsen, mit einigem Erfolg, unter den Skinheads zu werben. Das erste, was sie fordert, ist: keine Gewalt. Denn sie wollen ja, was viel gefährlicher ist, politische Macht, also Zustimmung der Bevölkerung erlangen und deshalb ein „diszipliniertes“ Auftreten. Sie haben aber keine Chance für relevante Wahlerfolge. Wachsamkeit ist dennoch geboten.

Die heftige Debatte um die, wie man sträflich verkürzend sagt: „rechte Gefahr“, die im Sommer 2000 die Medien beschäftigte und im Sebnitzdesaster endete, war ausgelöst durch einen bis heute unaufgeklärten Sprengstoffanschlag in Düsseldorf und den Anschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge, der, wie wir heute wissen, aus antiisraelischen Motiven von Arabischstämmigen verübt worden ist. Jeder weiß, wo Düsseldorf liegt. Trotzdem wurde es eine Debatte über Rechtsradikale und Neonazis im Osten. Da zeigt sich eine irrationale Angst vor der Wiederholung der Nazizeit, die angesichts der tatsächlichen politischen Verhältnisse in Deutschland Züge von Gespensterfurcht trägt. Gespensterfurcht ist doppelt gefährlich. Sie macht ein Haus, in dem man gut schlafen und leben könnte, unheimlich. Und sie macht angesichts der eingebildeten furchtbaren Gefahr blind für die kleineren, gleichwohl ernst zu nehmenden Gefahren ganz anderer Art. Und dann ist da auch

noch das Sündenbocksyndrom im Spiel. Düsseldorf ist schlimm, aber die da drüben im Osten, die sind ja noch viel schlimmer. Dort kommt der Ungeist wieder hervor, den wir bei uns vertrieben haben.

Die jetzt heranwachsende Generation hat die deutsche Teilung nicht mehr erlebt. Die deutsche Einheit ist für sie Normalität und das ist gut so. Wenn sie aber nun fragen: Wie war das eigentlich damals in der DDR und 1989 im Herbst und 1990? Was wollen wir ihnen dann erzählen? Lasst uns bloß nicht diese Legenden auftischen. So viel zu den Einigungslegenden. Ich bin mir übrigens ziemlich sicher: In nicht so ferner Zukunft wird von den goldenen Neunzigern die Rede sein, vom glücklichen Ende der DDR und der ungeheuren Aufbauleistung im Osten. Man kann ja jetzt bereits imponierende Bildbände produzieren, die die Ansichten der östlichen Innenstädte 1990 und 2000 neben einander stellt.

III

Die Nazizeit, hatte ich gesagt, darf aber auch nicht als Sichtblende die deutsche Geschichte davor verdecken. Lassen Sie mich dazu wenigstens einige Anmerkungen machen.

Lange Zeit haben sich die Deutschen wegen ihrer Geschichte vor 1871 bedauert, der Kleinstaaterei wegen, die es Deutschland verwehrt habe, mit England und Frankreich Schritt zu halten in der Machtentfaltung. Auf der anderen Seite ist oft beklagt worden, dass die deutsche Geschichte keine gelungene Revolution kenne und nichts beizutragen gehabt habe zur Entwicklung der Demokratie. Das alles kann man mit guten Gründen auch anders sehen:

1. Der viel gescholtenen Kleinstaaterei können wir heute auch einige erfreuliche Seiten abgewinnen:
 - Die vielen kleinen und größeren Residenzen hatten die erfreuliche Folge, dass Deutschland nicht in eine riesige Metropole und eine verödete Provinz zerfällt.
 - Unser Föderalismus ist zwar reformbedürftig, er muss sozusagen nachjustiert werden, aber das Prinzip hat Zukunft. Europas Zukunft kann schlechterdings kein Zentralstaat sein. Im übrigen ist der Bundesrat,

also der Exekutiv-Föderalismus, die älteste Institution des Grundgesetzes, denn es setzt die Tradition des Reichstags des Heiligen Römischen Reiches fort, der übrigens auch schon ein Element der Gewaltenteilung war.

- Die Kleinstaaterie hatte zudem für Deutschland eine nicht intendierte Toleranzpraxis zur Folge. Wer sich in einem der Staaten unbeliebt gemacht hatte, konnte unter Umständen wenige Kilometer weiter willkommen sein. Als Christian Wolff vom preußischen Soldatenkönig aufgefordert wurde, bei Strafe des Strangs binnen 24 Stunden seine Staaten zu verlassen, wurde er unter Halo von Bürgern und Studenten vom preußischen Halle ins sächsische Leipzig geleitet und setzte seine Lehrtätigkeit in Marburg fort. Als Johann Gottlob Fichte im Gefolge des gegen ihn erhobenen Atheismusvorwurfs durch eigene Ungeschicklichkeit seinen Lehrstuhl in Jena verlor, und der preußische König gefragt wurde, ob er sich in seinen Landen aufhalten dürfe, hat dieser das bejaht mit der Glosse: „Zwar soll er Ärger mit dem lieben Gott haben, aber das möge dieser selbst mit ihm abmachen.“ Die Reihe lässt sich lange fortsetzen. Ich erwähne nur noch Schillers Flucht aus Württemberg und die Göttinger Sieben, die gegen die Suspendierung der Hannoverschen Verfassung Widerspruch eingelegt hatten. Die deutsche Aufklärung und die deutsche Klassik konnten sich aufgrund dieser nicht intendierten Toleranz entfalten und haben ein die Grenzen überschreitendes deutsches Publikum ermöglicht, das trotz der Kleinstaaterie eine deutsche Kulturnation ermöglicht hat.
 - Die unseligen Religionskriege, die im Gefolge der Reformation Europa heimgesucht hatten, sind in Deutschland nicht, wie etwa in Frankreich, durch die Niederschlagung und Vernichtung der einen Seite, der Hugenotten, beendet worden, sondern durch den erstaunlichen Kompromiss des Westfälischen Friedens, der die konfessionelle Verschiedenheit der Reichsstände akzeptierte, aber auch Regelungen traf für die jeweiligen Konfessionsfremden in den durchweg konfessionellen Staaten, Zugeständnisse wie den Hausgottesdienst, die Auswanderung ohne Eigentumsverlust und anderes mehr. Der Konfessionswechsel von Herrschershäusern, denen die Bevölkerung nicht folgen musste, wie in Brandenburg und Sachsen, haben die Koexistenz der Konfessionen weiter gefördert.
2. Tatsächlich haben die deutschen Länder wenig zur Entwicklung der modernen Demokratie beigetragen. Immerhin sollte das Paulskirchen-

- parlament nicht vergessen werden. Aber Deutschland hat einiges beigetragen zur Entwicklung des Rechtsstaats und des Verfassungsstaats.
- Zwar ist es nur eine Legende, aber doch eine gut erfundene. Als Friedrich II. dem Müller von Sanssouci mit Enteignung gedroht habe, als dieser ihm seine Mühle nicht verkaufen wollte, deren Klappern ihn gestört habe, habe der Müller geantwortet: Majestät, es gibt immer noch das Königliche Kammergericht. Das von Friedrich II. in Auftrag gegebene Allgemeine preußische Landrecht war ein enormer Fortschritt in Richtung auf den modernen Rechtsstaat, geboren aus dem Geiste der Aufklärung.
 - Das durch den Reichsdeputationshauptschluss aufgelöste Heilige Römische Reich war zwar schließlich nur noch ein Mantel über den weitestgehend souveränen deutschen Ländern. Auf der anderen Seite war es föderal verfasst und nicht absolutistisch. Und das Reichskammergericht war eine Instanz, bei der auch Landeskinden gegen ihren Landesherrn klagen konnten. Das war schwierig und langwierig. Nicht seine Effektivität, wohl aber die Symbolkraft seiner Existenz ist bemerkenswert.
 - Und schließlich haben im 19. Jahrhundert viele deutsche Staaten den Weg zum Verfassungsstaat eingeschlagen und politische Reformen durchgeführt. Ich erinnere hier nur an die Reformen in Preußen, das 1807 durch Napoleon vernichtend geschlagen worden war, und an das große Reformwerk in Sachsen ab 1830 durch Bernhard von Lindenau, das im Ergebnis das preußische Reformwerk noch übertraf. Von Lindenau übrigens, inzwischen als königlich-sächsischer Minister zurückgetreten, wurde 1848 zum Abgeordneten in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Die Reform „von oben“ wurde beantwortet mit einer demokratischen Wahl „von unten“. Auch das gab es.

Es lässt sich noch sehr viel mehr ebenso Erfreuliches in der deutschen Geschichte entdecken. Man muss nicht lange suchen, man braucht sich nur von dem Vorurteil zu trennen, es gebe da nichts zu finden.

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine parteiunabhängige Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Im Mittelpunkt stehen dabei Leben und Werk des ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884-1963). Theodor Heuss engagierte sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts aktiv im politischen Leben – als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Journalist und Historiker, als Redner und als Zeichner. In einem Jahrhundert, das geprägt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und der Konfrontation der Ideologien, steht Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Als erstes Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur fiel Heuss daher die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

An diesen vielfältigen Lebensbezügen von Theodor Heuss orientiert sich die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit der Stiftung: das Theodor-Heuss-Kolloquium zu Themen der Zeitgeschichte, Seminare zur politischen Bildung und die politisch-kulturellen Veranstaltungen. In den Stiftungsräumen stehen der interessierten Öffentlichkeit der umfangreiche Nachlaß von Theodor Heuss und eine Bibliothek zur Verfügung, die sowohl Heussens vollständiges publizistisches Oeuvre als auch Literatur zur deutschen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts umfasst. Der Nachlass bildet die Grundlage für eine geplante „Stuttgarter Ausgabe“ der Reden, Schriften und Briefe des ersten Bundespräsidenten. Ein wichtiges Forum zur Auseinandersetzung mit Theodor Heuss bietet vor allem das Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart, das Bundespräsident Johannes Rau im Frühjahr 2002 eröffnet hat. In Heuss' letztem Domizil erwarten den Besucher drei authentisch rekonstruierte Wohnräume und eine ständige Ausstellung, die anhand von rund 1000 Exponaten über Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten im historischen Kontext informiert.

Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.stiftung-heuss-haus.de

Neuerscheinung in der Wissenschaftlichen Reihe

HANS VORLÄNDER (Hg.)
Zur Ästhetik der Demokratie.
Formen der politischen Selbstdarstellung
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Wissenschaftliche Reihe, Band 6
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003, EUR 19,90

Herausgeber: Dr. Hans Vorländer, geboren 1954, ist Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Er bekleidet dort seit 1993 den Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte.

Besitzt die Demokratie eine eigene Ästhetik? Haben also demokratische Staaten eine besondere Formensprache, welche die demokratische Ordnung und die damit verbundenen Vorstellungen guter Politik zum Ausdruck bringt? Oder ist die Demokratie gezwungen, an vordemokratische, monarchische Selbstdarstellungsformen und Symbole anzuknüpfen?

Namhafte Politikwissenschaftler, Journalisten, Kunsthistoriker und Archäologen geben aus ihrem jeweiligen Blickwinkel Antworten auf diese Fragen. Sie machen sich auf die Suche nach historischen Vorbildern und zeitgenössischen Formen demokratischer Selbstdarstellung und analysieren diese. Dabei schlagen sie einen Bogen von der Antike bis in die Gegenwart und berücksichtigen sowohl die Architektur von staatlichen Repräsentationsbauten als auch die Darstellungsprobleme von Politik in der Mediendemokratie. Die gegenwärtige Auseinandersetzung um eine zeitgemäße Hauptstadtarchitektur im vereinigten Deutschland sowie die kontinuierliche Kritik an der scheinbar übertriebenen Selbstinszenierung des Medienkanzlers Gerhard Schröder verdeutlichen die Aktualität einer solchen fächerübergreifenden und systematisch angelegten Untersuchung.

Bisher in der Wissenschaftlichen Reihe erschienene Publikationen

- 1 THOMAS HERTFELDER / JÜRGEN C. HESS (Hg.)
Streiten um das Staatsfragment. Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten von der Entstehung des Grundgesetzes
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 1
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 2 EBERHARD JÄCKEL / HORST MÖLLER / HERMANN RUDOLPH (Hg.)
Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System der Bundesrepublik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 2
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 3 GANGOLF HÜBINGER / THOMAS HERTFELDER (Hg.)
Kritik und Mandat. Intellektuelle in der Deutschen Politik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 3
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2000
- 4 ULRICH BAUMGÄRTNER
Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 4
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001
- 5 ERNST WOLFGANG BECKER / THOMAS RÖSSLEIN (Hg.)
Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungsausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947 zur Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 5
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003
- 6 HANS VORLÄNDER (Hg.)
Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 6
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003

Bisher in der Kleinen Reihe erschienene Publikationen

- 1 TIMOTHY GARTON ASH
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997 (1998)
- 2 THOMAS HERTFELDER
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext
der deutschen Gedenkstättenlandschaft (1998)
- 3 RICHARD VON WEIZSÄCKER
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998 (1999)
- 4 Parlamentarische Poesie
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar (1999)
- 5 JOACHIM SCHOLTYSECK
Robert Bosch und der 20. Juli 1944 (1999)
- 6 HERMANN RUDOLPH
„Ein neues Stück deutscher Geschichte“
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999 (2000)
- 7 ULRICH SIEG
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt
im Ersten Weltkrieg (2000)
- 8 ERNST WOLFGANG BECKER
Ermächtigung zum politische Irrtum
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die
Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungs-
ausschuß der Nachkriegszeit (2001)
- 9 JUTTA LIMBACH
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000 (2001)

10 HILDEGARD HAMM-BRÜCHER

“Demokratie ist keine Glücksversicherung ...”

Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven
für Gegenwart und Zukunft.

Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001(2002)

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgegeben

von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus,

Im Himmelsberg 16, 70192 Stuttgart

www.stiftung-heuss-haus.de

Redaktion: Thomas Hertfelder

Satz: Renate Nutz

Foto: Humboldt-Universität Berlin

Gestaltung: Arne Holzwarth, Büro für Gestaltung, Stuttgart

Gesamtherstellung: E. Kurz & Co., Stuttgart

ISBN 3-9807404-5-5

ISSN 1435-1242

© SBTH, Juni 2003

